

**Begrüßung Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer  
Mittwoch, 3. Oktober, Aula der Universität**

Anrede,

wir Freiburger sind stolz, in diesem Jahr Gastgeberstadt Ihrer Tagung sein zu dürfen. Ich begrüße neben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Deutschland besonders herzlich die Gäste aus der Schweiz und aus Österreich. In diesem für Freiburg und für die Universität ereignisreichen Jahr des 550jährigen Bestehens der Universität ist dies mehr als nur eine von vielen wissenschaftlichen Tagungen, sondern ein ganz besonderer Anlass. Der Rektor Herr Professor Jäger hat einmal von einem „Leuchtturm“ im Jubiläumsprogramm gesprochen. Ich denke, das ist ein angemessenes Wort.

Meine Damen und Herren, nicht nur der Rektor hat allen Grund, stolz zu sein auf die große Freiburger Tradition der Staatsrechtslehre. Ich nenne die Namen Konrad Hesse oder Ernst-Wolfgang Böckenförde, ich nenne ebenso Ernst Benda, der nach seiner Zeit als Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Freiburg gelehrt hat.

Lassen Sie mich bei allem Respekt und bei aller Wertschätzung für die Rechts- und Staatswissenschaften hier aber auch das Fachgebiet des Rektors und mein Fachgebiet, nämlich die Politikwissenschaften erwähnen: Arnold Bergsträsser, Wilhelm Hennis und mein verehrter Hochschullehrer und Doktorvater Dieter Oberndörfer. Dies sind Namen, meine Damen und Herren, die genau so ihren großen Beitrag zur politischen Reifung und zur heutigen Verfassungswirklichkeit beigetragen haben.

Meine Damen und Herren, heute ist der 3. Oktober, der 17. Jahrestag der Deutschen Einheit. Ich darf an dieser Stelle an eine Veranstaltung erinnern, die heute vor 17 Jahren, auch am Abend, nicht weit von hier im Kaisersaal des Historischen Kaufhauses stattgefunden hat. Am 3. Oktober 1990 hat auf Einladung der Stadt Freiburg Professor Dieter Oberndörfer über die „Herausforderungen der Zukunft“ gesprochen. Mir ist dieser Tag deshalb noch so lebendig im Bewusstsein, weil ich damals gerade als jüngster Stadtrat in den Gemeinderat nachgerückt war.

Herr Oberndörfer hat damals eine Vision formuliert, von der wohl niemand ahnen konnte, wie bedeutsam sie tatsächlich für die deutsche Politik werden sollte – die Rolle des wiedervereinigten Deutschlands in Europa. Er hat der Feststellung von Thomas Nipperdey, dass die Deutschen mit dem 3. Oktober 1990 wieder eine Nation – gemeint war: ein Nationalstaat – sein könnten und dürften, eine kluge Frage

entgegengestellt, nämlich ob der Nationalstaat überhaupt das Leitbild des politischen Willens und Handeln sein sollte. In dem Vortrag heute vor 17 Jahren hat Dieter Oberndörfer diese Frage verneint und zu Recht daran erinnert, dass allzu viel Nationalismus uns in der Geschichte nicht gut bekommen ist. Statt dessen hat Dieter Oberndörfer eine neue Präambel für das Grundgesetz angeregt, die nach seiner Vorstellung folgendermaßen lauten sollte:

**„Dieses Grundgesetz gilt bis zum Tag, an dem sich die Völker Europas zur politischen Einheit zusammenschließen, um sich in freier Selbstbestimmung eine neue Verfassung zu geben“.**

Meine Damen und Herren, zu dieser neuen Präambel ist es nicht gekommen, aber zumindest zum – fast vollständigen – Zusammenschluss der europäischen Völker ist es gekommen. Ich glaube, dass sich damals noch niemand eine Mitgliedschaft von Polen oder Rumänien oder der baltischen Staaten in der europäischen Familie vorstellen konnte. Heute ist es Realität, und ich bin fest davon überzeugt, dass auch die leidige Debatte um eine europäische Verfassung irgendwann mit einem guten Ergebnis zu Ende gebracht wird. Ein Bündnis von inzwischen 27 Staaten mit fast einer halben Milliarde Menschen – damals waren es 12 Mitgliedsstaaten – braucht eine gemeinsames Regelwerk, das der politischen Wirklichkeit entspricht.

Meine Damen und Herren, ich erwähne dies aus zwei Gründen. Zum einen, weil diese 17 Jahre für eine radikale Veränderung der Welt stehen, wie es sie auf friedlichem Weg in der Geschichte bisher nicht gegeben hat. Zum anderen – und damit bin ich wieder beim Freiburger Bezug – wegen der Bedeutung für diese Stadt und die Region.

Freiburg ist die deutsche Stadt, die von der damaligen innerdeutsche Grenze am weitesten entfernt war. Aber Freiburg hat sich aufgrund der Lage und der Nachbarschaft zu Frankreich und zur Schweiz auch immer als eine ausgeprägt europäische Stadt verstanden. Im „alten“ Europa, vor der Osterweiterung, war diese Region auch eine Art geographischer Mittelpunkt. Vor allem war sie ein Beweis dafür, dass Europa an der Basis, zwischen den Städten und Gemeinden, durch Partnerschaften und Kooperationen zusammen wächst. Dies ist bis heute so.

Hier verstehen die Menschen unter Europa nicht Brüssel und europäische Bürokratie. Hier verstehen die Menschen unter Europa die gemeinsame Landschaft am Oberrhein, die Brücken über den Rhein, den Austausch und die Zusammenarbeit bei Verkehrsprojekten, zwischen den Städten, in der Kultur oder zwischen den Universitäten im Verbund EUCOR. Wir verstehen unter Europa vor allem, dass

Freiburg eben keine Stadt an der Grenze mehr ist, wie dies lange der Fall gewesen war und auch lange die Entwicklung der Stadt gehemmt hat. Sondern dass Freiburg und die ganze Region heute mitten in Europa liegen, dass die Menschen hüben wohnen und drüben arbeiten, dass Studierende aus Freiburg auch in Straßburg oder Basel studieren können, und umgekehrt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum eigentlichen Anlass, zu Ihrer Jahrestagung kommen. Heute, 17 Jahre nach dem ersten Tag der Einheit, stehen wir, die Staatsrechtslehre, die politische Wissenschaft und vor allem die politische Praxis in einer neuen Epoche.

Ich erwähne die Diskrepanz zwischen dem normativen Anspruch des Verfassungsrechts einerseits und der politischen Wirklichkeit andererseits. Die Realität hat sich in vielen Punkten von dem entfernt, was die Verfassungsväter und –mütter 1949 gewollt haben. Was wir heute mit dem Schlagwort „Globalisierung“ meinen, das hat ja nicht nur die Ökonomie verwirbelt, sondern es hat auch Konsequenzen, die weit in die staatliche Ordnung hinein reichen.

Gerade dies wird in den nächsten zwei Tagen zentrale Themen Ihrer Tagung sein werden: Das „Verfassungsrecht vor den Herausforderungen der Globalisierung“ oder die Frage der Notwendigkeit eines Internationalen Verwaltungsrechts. Gerade letzteres Thema – ein internationales Verwaltungsrecht - wird hier am Oberrhein mit besonderem Interesse verfolgt, weil bei uns politisches Handeln, Wirtschaften und Leben über Grenzen hinweg zum gelebten Alltag geworden ist, ohne dass es die passenden Rechtsinstrumente dazu gibt. Deshalb ist der Diskurs der kommenden zwei Tage auch für uns vor Ort von Bedeutung, und ich bin gespannt auf die Ergebnisse.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich angesichts des heutigen 3. Oktobers mit einem Wort des Mannes schließen, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Freiburg die Tradition der Freiburger Staatswissenschaften begründet hat. Ich meine Carl von Rotteck. Wenige Schritte von hier, vor dem Kollegiengebäude II, erinnert ein Denkmal an diesen Mann, dessen Name untrennbar mit der Demokratiebewegung verbunden war und dessen Idee eines demokratischen und freiheitlichen Staates und der Meinungsfreiheit sich auch im Grundgesetz wiederfinden. Carl von Rotteck war nicht nur Wissenschaftler. Er war auch aktiver Politiker, ein ebenso populärer wie streitbarer Volksmann und Abgeordneter. Vom „Badenweiler Fest“ am 11. Juni 1832 ist das Wort überliefert

**„Ich will die Einheit nicht anders als mit Freiheit, und ich will lieber Freiheit**

**ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit“.**

Meine Damen und Herren, an einem „Tag der Einheit“ ist dies eine schöner  
Leitspruch dieses Tages, und gleichzeitig auch ein Leitspruch Ihrer Tagung.